

Hans Maier

**Fortschrittsoptimismus oder Kulturpessimismus?
Die Bundesrepublik Deutschland in den 70er und 80er Jahren**

1 : Umriss

1970-1990: diese Zeit, so scheint es, liegt passend und gut zugänglich in der Hand des Historikers. Sie hat erkennbare Anfänge und ein klares Ende. Besonders in Deutschland treten die Konturen dieser zwei Jahrzehnte scharf hervor – und dies nicht nur in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte¹, sondern auch im staatlichen Feld, im Bereich der Parteien, der Medien, der gesellschaftlichen Kräfte. Kein Wunder, dass diese Zeit inzwischen ihren Platz in der zeitgeschichtlichen Forschung gefunden hat, sei es in Gesamtdarstellungen der Bundesrepublik², sei es in eigens auf diese Periode bezogenen Darstellungen³, sei es in zahlreichen Monographien zu Einzelfragen⁴.

¹ Anselm Doering-Manteuffel, Nach dem Boom: Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970, in: VfZ 4/2007, 559-581.

² Noch immer unentbehrlich: Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim Fest und Eberhard Jäckel (Hg.) Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 5 Bände, Wiesbaden u.a. 1983-1987; einschlägig für die 70er und 80er Jahre sind besonders die Bände 5/I (1986) und 5 II (1987), welche die Ära Brandt und die Ära Schmidt behandeln (Autoren: Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Jäger, Werner Link). Jüngere Darstellungen: Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999; Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, 2 Bände, München 2000; Andreas Wirsching, Deutsche Geschichte

Es ist die Zeit *nach 1968*, die Zeit, in der das, was als „Studentenrevolte“ in den Hochschulen begann, einerseits in die Öffentlichkeit schlägt (z.T. in gewalttätigen Formen) und den Staat zu Reaktionen zwingt, auf der anderen Seite jedoch beim breiten Publikums deutlich an Echo und an Wirkung verliert. Es ist die Zeit, in welcher der mehr als zwei Jahrzehnte hindurch anhaltende *Nachkriegsboom* ausläuft, manchmal unter schockartigen Umständen (die sichtbare Zäsur ist die Energiekrise von 1973). Es ist die Zeit einer umfassenden *Veränderung politischer Prioritäten*; die „Grenzen des Wachstums“ werden sichtbar, die Sicherheitspolitik erhält einen neuen Stellenwert, die Bildungsexpansion gelangt an ihre Grenze, Umwelt-, Natur- und Denkmalschutz gewinnen an Terrain. Endlich ist es eine Zeit, in der sich *das Parteiensystem* verändert: die FDP verliert den Charakter des – fast einzig ausschlaggebenden – Züngleins an der Waage; die Grünen treten als neue Bewegung auf den Plan; die beiden großen Volksparteien bleiben – nach dem Scheitern der Wahlrechtsreform in der Zeit der Großen Koalition – endgültig im Status struktureller Minoritäten (wenn auch, anders als in

im 20. Jahrhundert, München 2/2005; Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006; ders., Deutschland im Fokus. Eine Geschichte der Bundesrepublik in Fotografien, 5 Bände, Darmstadt 2006 ff. – hier vor allem die Bände: Die 70er Jahre. Republik im Aufbruch (2007) und Die 80er Jahre. Globalisierung und Postmoderne (2007).

³ Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990, München 2004 (Oldenbourg Grundriß der Geschichte 19a), mit Bibliographie. Wichtige Ergänzung: Jens Hacke, Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik, Göttingen 2006.

⁴ Zu den Kirchen vgl. Siegfried Hermle, Claudia Lepp und Harry Oelke (Hg.), Protestantismus und soziale Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren (AKiZ. B), Göttingen 2006; Hermann J. Pottmeyer (Hg.), Paul VI. und Deutschland, Brescia 2006.

Weimar, als Zweiergespann mit deutlich ausgeprägtem Vorsprung vor kleineren Konkurrenten) - sie müssen sich, das zeichnet sich in dieser Zeit ab, wohl bis zum Ende der Bundesrepublik zum Regieren Koalitionspartner (in der Einzahl oder Mehrzahl) suchen.

Politisch sind diese Jahre die Zeit der SPD-FDP-geführten Bundesregierungen unter den Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt (1969-1982), das *sozialliberale Jahrzehnt* in Bonn – und es ist die auf diese Periode folgende Zeit der vier aus Union und FDP zusammengesetzten Regierungen des Kanzlers Helmut Kohl (1982-1998), die *Ära Kohl*, die mit der Wiedervereinigung 1989/90 ihren Höhepunkt – und zugleich ihre Peripetie - erreicht.

Im Westen sind die Achtzigerjahre – nach den „unruhigen“ Siebzigerjahren – eine Periode der Konsolidierung unter starken Führungspersönlichkeiten wie Margret Thatcher (seit 1979), Ronald Reagan (seit 1981), François Mitterrand (seit 1981). Im Osten bereiten sich in dieser Zeit tiefgreifende Veränderungen vor: 1980 stellt mit der polnischen Solidarność - erstmals innerhalb des Warschauer Paktes! - eine ins Soziale und Politische ausgreifende Gewerkschaftsbewegung den sowjetischen Herrschaftsanspruch in Frage; fünf Jahre später, 1985, übernimmt Michail Gorbatschow als „Verwalter der Krise“ die Macht in der Sowjetunion; die Suche nach Alternativen zur „Stagnation“, nach Glasnost und Perestroika, nach einem „Sozialismus mit menschlichen Antlitz“ nimmt ihren Lauf.

Mit welchen Verhaltensmustern, welchen Argumenten, welchen Stimmungen und Gefühlen reagierte man in der Bundesrepublik auf die

skizzierten Entwicklungen? Fiel man in den alten Kulturpessimismus der Weimarer Jahre zurück? Oder behielt der Fortschrittsoptimismus die Oberhand, der die Anfänge der Bundesrepublik so deutlich prägte? Wurde man nervös, resignierte man angesichts der unerwartet auftauchenden Probleme? Oder rüstete man sich einigermaßen gelassen und unpathetisch für neue Aufgaben?

Meine Ausführungen gliedern sich in vier Kapitel: Mit dem Wachstum am Ende? Reaktionen des Staates; Bildung im Wandel; Sprache und Zeitgefühl.

2: Mit dem Wachstum am Ende?

Im „Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU)“ in Grünwald – einer Einrichtung der deutschen Länder⁵ – sind zahlreiche Unterrichtsfilme aus den sechziger Jahren gespeichert. Sie schildern die Erfolgsgeschichte Westdeutschlands seit der Währungsreform, die Überwindung der Kriegsfolgen, den beginnenden Wiederaufbau, das Anlaufen der industriellen Produktion, den wachsenden Konsum, den sich allmählich verbreiternden, immer weitere Schichten erreichenden „Wohlstand für alle“. Was dem heutigen Betrachter vor allem auffällt, ist die Begeisterung für den technischen Fortschritt, das Vertrauen in die

⁵ Das FWU wurde am 6. März 1950 von den Vertretern der Kultusministerien der Länder gegründet. Laut Gesellschaftsvertrag ist es seine Aufgabe, die Verwendung von Film, Lichtbild und Tonträgern in der Wissenschaft und als Lehr- und Lernmittel für alle Schulen, die freie Volksbildung und die Jugendpflege zu fördern.

industrielle Dynamik und ihre wohlfahrtsfördernden Folgen - und die gänzliche Abwesenheit von außerökonomischen Gesichtspunkten und ökologischen Bedenken. Eine Bildsequenz ist typisch: hohe Kamine werden gezeigt, die plötzlich explosionsartig zu rauchen anfangen und mit ihrem schwarzen Ausstoß den Himmel verdunkeln. Das wird keineswegs kritisch, sondern beifällig vermerkt, wie die begleitenden Kommentare zeigen⁶.

-

Rauchende Kamine - das war ein pädagogisch-didaktisch eindrückliches Symbol für die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Krieg in Westdeutschland. Aber keineswegs in Westdeutschland *allein*. Man darf daran erinnern, dass auch die DDR den Fortschritt auf ähnliche Weise zu messen und zu veranschaulichen pflegte⁷. Oft verbanden sich dort die aufmunternden Töne mit dem Marschtritt von Aktionen und „Kampagnen“ zur Planerfüllung: „Setzt die Kessel unter Dampf / auch der Frieden fordert Kampf...“ hieß ein bekanntes Marschlied der FDJ. In der Begeisterung für Produktion und Produktivität waren die rivalisierenden deutschen Staaten voneinander nicht so weit entfernt, wie man vermuten könnte - gleichgültig, ob sie nun das Eigentum an Produktionsmitteln nach eigener Überzeugung strikt vergesellschaftet hatten wie in der DDR oder ob der Staat sich wie in

⁶ Für die Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger und sechziger Jahre sind die nahezu in allen Schulen verbreiteten Unterrichtsmittel des FWU eine wichtige, (und noch kaum erschlossene!) Quelle. Dem Leiter des FWU, Herrn Direktor Dr. Uwe L. Haass, und Frau Angela Krause danke ich für nützliche Hinweise und den Zugang zum Hausarchiv.

⁷ Hierzu Martin Sabrow, Zukunftspathos als Legitimationsressource. Zu Charakter und Wandel des Fortschrittsparadigmas in der DDR, in: Heinz-Gerhard Haupt und Jörg Requate (Hg.), Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, 165-184.

der Bundesrepublik Deutschland auf das Setzen von „Rahmendaten“ beschränkte und im übrigen das freie Spiel der Kräfte walten ließ.

Ich erinnere mich: noch in den frühen sechziger Jahren reagierten Schul-
klassen, wenn sie solche Filme sahen, mit Beifall, ja Begeisterung. Offen-
sichtlich drückten die qualmenden Schlote für die Schüler etwas Bekanntes,
Vertrautes, allgemein Akzeptiertes aus. Sie waren ein bündiges Zeichen der
Zeit. Dann kamen Jahre, in denen die Zuschauer bei dem Knall und der
plötzlichen Rauchentwicklung in Gelächter ausbrachen – das Ganze wirkte
nun plötzlich komisch, künstlich, übertrieben und wie inszeniert. Und in
den siebziger Jahren begannen die Schüler regelrecht zu zischen und zu
protestieren - ähnlich wie wahrscheinlich auch die meisten der heutigen
Zeitgenossen, wenn sie solche Bilder sehen, zuerst an Verschmutzung und
Zerstörung der Umwelt erinnert werden. Vieles von dem, was einst ein
Stück „monumentalischer“ Geschichte der frühen Bundesrepublik war, wirkt
heute bereits wie ein historisches Kuriosum.

Das kleine Stück Film- und Unterrichtsgeschichte ist ein Beispiel für den
Wandel, der sich in den siebziger Jahren nicht nur in Deutschland vollzog.
Sie illustriert etwas von dem, was sich in den siebziger Jahren langsam
ankündigte und was sich schließlich als neues Paradigma als „leitende
Tendenz“ in Rankes Sinn herausstellen sollte. Das Wachstum stieß auf
Grenzen, die Produktionszahlen stiegen nicht mehr im gewohnten Tempo,
viele gingen im Lauf der Zeit zurück, verlangsamte, verschmälerte,
komplizierte sich, das ständig gepredigte „Höher! Weiter! Schneller! war
keine Selbstverständlichkeit mehr.

Die Umkehrung des Fortschrittsparadigmas in den siebziger und achtziger Jahren hatte viele Aspekte und zeitigte viele Folgen. Kaum ein Lebensbereich blieb verschont. Der Vorgang reicht, wenn man die Linien auszieht, von den ersten Engpässen bei der Energieversorgung bis zur Krise der traditionellen Industriebranchen (Textilindustrie, Bergbau, Schiffbau), vom Wegbrechen vieler Arbeitsplätze im Zug der ökonomischen Umstrukturierung bis zur wachsenden Kreditfinanzierung kommunaler und staatlicher Haushalte und der daraus resultierenden Langzeitverschuldung der öffentlichen Hand, von der zunehmenden Krisenanfälligkeit der staatlichen Versorgungssysteme bis zu den Spätwirkungen des lange Zeit verdrängten Geburtenrückgangs auf das Schulsystem, die soziale Balance, den Generationenvertrag.

Das dumpfe Gefühl eines epochalen Wandels, eines unwiderruflichen Einschnitts ist früh, schon in den Sechziger- und Siebzigerjahren, auf den Begriff gebracht worden. Es war der 1968 gegründete Club of Rome⁸, der mit seinem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ 1972 der verstörten Zeit das erklärende Stichwort bot. Der Gedanke war einfach und einleuchtend, aber keineswegs beruhigend: Während die globalen Krisen der Vergangenheit überwiegend die Folgen von Naturkatastrophen, von Kriegen, Eroberungen, Vernichtungsfeldzügen waren – Übel also, die im Prinzip durch Medizin und Hygiene, durch Konfliktforschung und friedenssichernde Maßnahmen bekämpft werden konnten -, steuere die Menschheit in der Gegenwart

⁸ Er ging auf dem italienischen Industriellen Aurelio Peccei (damals Mitglied der Leitung von Fiat und Olivetti) und den Schotten Alexander King (Direktor bei der OECD) zurück. Die Deutsche Gesellschaft Club of Rome wurde 1978 im Haus Rissen (Hamburg) gegründet. Auch das Generalsekretariat des CR befindet sich heute in Hamburg (der Umzug nach Zürich ist geplant).

offensichtlich auf eine „alles und alle“ umfassende Krise neuer und besonderer Art zu. Sie unterschied sich nicht nur in ihrer Größenordnung, sondern auch in ihrem Charakter von früheren Krisen, und zwar dadurch – ich zitiere Eduard Pestel –, „dass sie nicht von offensichtlich bösen Menschen und Mächten verursacht, sondern durch Entwicklungen herbeigeführt wird, die wir vielfach heute noch als Ausdruck menschlichen Fortschritts, ja als Sieg über die den Menschen gesetzten natürlichen Beschränkungen und Grenzen empfinden. Hierdurch gewinnt die Krise den Aspekt des Unentrinnbaren, wenn die Menschheit ihre Wertvorstellungen und Ziele nicht ändert.“⁹ Der Club of Rome setzte sich zwei Ziele: erstens herauszufinden, wieweit „Wachstum“ allgemein mit der Begrenztheit der Erde, ihrer Ressourcen und Lebensmöglichkeiten verträglich war – und zweitens die Modalitäten und gegenseitigen Abhängigkeiten menschlichen Handelns in seiner Wirkung auf Natur und Umwelt zu ergründen in der Absicht, daraus „erste Hinweise auf die mögliche Beeinflussung des Ganges der Dinge abzuleiten“¹⁰.

Was hier sehr allgemein umschrieben wurde, gewann im Kontext der deutschen Politik der siebziger Jahre seine besonderen Züge. Sie herauszuarbeiten bemühte sich ein Kongress mit dem Titel „Tendenzwende?“, der am 26./27. November 1974 in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in München stattfand. Bundespräsident Walter Scheel nahm an ihm teil und erwähnte später seine Teilnahme in der

⁹ Eduard Pestel, Arbeit und Ziele des Club of Rome, in: Friedenspreis des deutschen Buchhandels. Reden und Würdigungen 1966-1975, Frankfurt am Main, 1977, 328-343 (331 f.).

¹⁰ Pestel (wie Anm. 9), 335.

Weihnachtsansprache 1974. Dort referierten Hermann Lübke über „Fortschritt als Orientierungsproblem“, Gerd Albers über „Umweltbewusstsein – Mode oder Umkehr?“, Golo Mann über „Die alte und die neue Historie“, Hans Maier über „Kunst und Zeit“, Robert Spaemann über „Emanzipation – ein Bildungsziel?“ und Ralf Dahrendorf über „Zukunft der Freiheit“¹¹. Die Planungen für diesen Kongress gingen auf den baden-württembergischen Kultusminister Wilhelm Hahn zurück; ihm stand ein Vorbereitungskreis zur Seite, dem u.a. Ralf Dahrendorf, Ernst Klett, Hermann Lübke, Hans Maier, Golo Mann, Robert Spaemann, Hanns-Martin Schleyer und Erwin Scheuch angehörten.¹² Bei der Wahl des Titels – ursprünglich war geplant „Legitimität als Aufgabe“ – griffen die Initiatoren auf den Begriff „Tendenzwende“ zurück, der ursprünglich von Hans Egon Holthusen¹³ stammte und schon seit 1973 im Schwange war¹⁴. Über Marion Gräfin Dönhoff bestand ein Kontakt zu Helmut Schmidt, der im Mai 1974 nach Willy Brandts Rücktritt das Kanzleramt übernommen hatte.

¹¹ Die Texte sind veröffentlicht in: Clemens Graf Podewils (Hg.), Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik, Stuttgart 1975.

¹² Wilhelm Hahn, Ich stehe dazu.. Erinnerungen eines Kultusministers, Stuttgart 1981, 232-237 (232).

¹³ Hans Egon Holthusen, Kreiselkompass. Kritische Versuche zur Literatur der Epoche, München 1976; ders., OPUS 19. Reden und Widerreden aus fünfundzwanzig Jahren, München 1983.

¹⁴ Er wurde in den siebziger Jahren zu einer Chiffre für den neuen – nachachtundsechziger – Zeitgeist. Dazu Karl Dietrich Bracher, Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre, in: Karl Dietrich Bracher / Wolfgang Jäger / Werner Link, Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt, Stuttgart 1986, 283- 406, bes.346 ff.; vgl. auch Jens Hacke, Philosophie der Bürgerlichkeit (wie Anm. 3), 104-108.

Das Spektrum des Kongresses war bewusst weit gefächert, man wollte einen Gegenakzent setzen gegen die nach 1968 üblich gewordene ideologische Eiuformigkeit. Was eine „Tendenzwende“ sei, sahen die Redner durchaus verschieden (obwohl alle eine solche „Wende“ für überfällig hielten). Während Hermann Lübke dafür eintrat, „bis zum Beweis des Gegenteils in die Vernünftigkeit gegebener Zustände und geltender Normen zu vertrauen“¹⁵ – die Achtundsechziger hatten diese Beweislastregel bekanntlich zugunsten der „Veränderung“ umgedreht –, meinte Ralf Dahrendorf, das Wort Wende interpretierend, man müsse eben wie beim Segeln von Zeit zu Zeit eine Wende vornehmen, indem man „gegen den Wind kreuzt und damit vorankommt“. Er fügte hinzu, „der Kern dessen, was sich heute unter unseren Augen abspielt, und dessen, was sich nach meiner Meinung abspielen sollte, ist nicht Umkehr, ist nicht Rückkehr, sondern ist Themenwechsel“¹⁶.

Themenwechsel - damit ist die Entwicklung nach 1974 treffend umschrieben. Neue Themen traten auf, forderten Beachtung und wurden wie die alten öffentlich diskutiert. Die Bilanz verschob sich. Nicht nur die Wiederaufbauleistungen der Nachkriegsjahre wurden gemessen und gewürdigt - auch ihre Kehrseite wurde unter die Lupe genommen, die Umweltzerstörung, der Verfall der baulichen Substanz, der leichtfertige Umgang mit dem Erbe der Vergangenheit. Und nicht nur die vorhandenen, sondern auch die fehlenden Arbeitsplätze wurden verzeichnet: nicht nur der

¹⁵ Tendenzwende (wie Anm. 11), 24.

¹⁶ Tendenzwende, 96.

Anstieg des Bruttosozialprodukts wurde registriert, sondern auch der wachsende Schuldenstand der öffentlichen Kassen.

Es hatte Symbolkraft, dass die Erfolgsmeldungen des Wiederaufbaus – gipfelnd in den Wohnungsbaustatistiken, die seit den Fünfzigern jedes Jahr vom zuständigen Ministerium im Triumph hinausposaunt wurden¹⁷ – in den siebziger und achtziger Jahren in der öffentlichen Wahrnehmung durch eine andere Statistik abgelöst wurden: die monatliche Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen durch den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit (Josef Stingl wurde durch dieses Ritual bundesweit bekannt). Ganz allgemein verschob sich jetzt das Interesse vom Fortschritt zu den Fortschrittskosten, pessimistische Töne lösten die optimistischen der Zeit nach 1948 ab. Da die Arbeitslosenzahlen beharrlich stiegen, konnte der Eindruck entstehen – wie ein Kabarettist (Dieter Hildebrand) wortspielerisch bemerkte – , es gehe ständig bergab, und die deutsche Jugend „stingle nur noch so vor sich hin“. Jedenfalls, die Erfolgsbilanzen traten nach 1975 in den Hintergrund – wiederum machte man Inventur wie in der ersten Nachkriegszeit, oft mit einigem Selbstmitleid, klagend und jammernd auf hohem Niveau.

¹⁷ Sie wirkten nach dem Urteil eines Kenners wie „Fanfarenstöße einer schöneren Welt“. Seit 1950 „stieg die Bautätigkeit von Jahr zu Jahr und erreichte schließlich eine halbe Million Neubauwohnungen im Jahr – ein Rekord in der deutschen Geschichte wie im internationalen Vergleich....Zugleich wurden die Wohnungen größer und komfortabler...Die Indikatoren zeigen für die Bundesrepublik insgesamt wie für die einzelnen Regionen, dass spätestens am Ende der fünfziger Jahre von einem Notstand hinsichtlich der Wohnlage nicht mehr gesprochen werden kann und die Klein- und Kleinstwohnungen ebenso wie die Not und Behelfswohnungen stark im Schwinden begriffen waren“ : so Günther Schulz, Wiederaufbau in Deutschland, Düsseldorf 1994, 336 ff).

3: Reaktionen des Staates

Was tat der Staat? In der Zeit nach 1970 – so meine These - veränderte sich seine Erscheinungsform, sein Auftreten in der Öffentlichkeit. Seine traditionellen Abwehr- und Schutzaufgaben, lange Zeit verdrängt, zumindest wenig sichtbar, traten erneut in den Vordergrund. Der Staat spielte nicht länger die Rolle der Assistenz und Ambulanz in einem ökonomischen Muster- und Wunderland, der sichernden Reisebegleitung, die sich diskret im Hintergrund halten konnte. Er wurde durch die Ereignisse zu Reaktionen, zum Handeln gezwungen, und dies gleich auf mehreren Feldern und nach mehreren Richtungen hin.

a) Es war verständlich, dass sich der Staat, der sich nach 1945 aus den Trümmern erhob, zurücknahm, dass er auf alles Gleißende und Pompöse verzichtete. Dieser Staat machte wenig Aufhebens von sich, er machte wenig Staat. Eher glich er einem Schattengewächs¹⁸ Kein Wunder, dass er sich mit dem Staatsüblichen schwertat . mit Flaggenschmuck, Paraden, Staatsfeiertagen; kein Wunder, dass junge Deutsche bei internationalen Jugendtreffen dadurch auffielen, dass sie als Einzige die Nationalhymne nicht singen konnten; kein Wunder, dass bei der Testfrage: „Sind Sie stolz

¹⁸ Der Bonner Staat war ein fast lautloses, in seiner Selbstdarstellung betont zurückhaltendes Unternehmen. Architektonisch trumpfte er nicht auf. Nach einem „steinernen Logo“ für Deutschland wurde nicht gesucht: man zog in alte Villen und Palais. Erst die „Berliner Republik“ setzte mit der Glaskuppel des Reichstagsgebäudes und mit dem im Frühsommer 2001 eingeweihten Kanzleramt, einem „Bauwerk der Mediendemokratie“ (Heinrich Wefing), neue Akzente und markierte das vorläufige „Ende der Bescheidenheit“.

auf Ihr Land?“ bis heute weit weniger Deutsche mit Ja antworten als Engländer, Franzosen, Amerikaner.

Aber gegenüber dem in den Siebzigerjahren hervortretenden Terror konnte dieser so leise und diskret auftretende Staat sich nicht verstecken. Er musste Flagge zeigen, musste reagieren – sowohl gegenüber dem Terrorüberfall auf die israelische Mannschaft bei der Olympiade 1972 wie gegenüber den Morden der Rote Armee Fraktion im Jahr 1977¹⁹. Wie schwer das war, wie wenig die organisatorischen, polizeilichen Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Eindämmung der Gewalt gegeben waren, wie empfindlich die öffentliche Meinung oft auf die „wehrhafte Demokratie“ reagierte, wenn es tatsächlich zum Schwur kam, wie lange man das Problem verdrängt oder verharmlost hatte, zeigten die Ereignisse auf Schritt und Tritt.

Erschwert wurde die Gewaltabwehr durch eine tiefgreifende Unsicherheit über den Begriff der Gewalt – über das, was der Staat gegenüber gewaltübenden Einzelnen wie Gruppen tun konnte, durfte, musste. Hier waren die Innenminister, deren Ressorts in den siebziger Jahren innerhalb der Regierungen neues Gewicht gewannen, oft ganz auf sich gestellt. Die Unsicherheit reichte, wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Sitzblockaden zeigte, bis tief in die Rechtsprechung hinein. Unter diesen Umständen drohte der Landfriede an manchen Stellen – bevorzugt an den Universitäten – zum öffentlichen Pflegefall zu werden. Es gab Staatsrechtslehrer und Publizisten, die sogar das Gewaltmonopol des Staates in Frage stellten. Plötzlich war wieder von „autogenen Gewaltträgern“

¹⁹ Wolfgang Kraushaar (Hg.), Die RAF und der linke Terrorismus, 2 Bände, Hamburg 2006

(Ulrich Preuss) die Rede²⁰. Als verhängnisvoll erwies sich die vieldiskutierte Ausdehnung des Gewaltbegriffs durch Michel Foucault und Johan Galtung: Gewalt wurde hier verstanden als „strukturelle Gewalt“²¹, als etwas, das allem inhärent war, was menschliches Zusammenleben charakterisierte. Nicht nur Militär, Polizei, Justizanstalten übten nach dieser Theorie Gewalt aus, sondern auch Schulen und Kindergärten²² – ja alle Erziehung, die nicht aus dem Eigenwillen des Individuums erwuchs, war Gewalt. Bei einem so extensiven Gewaltbegriff war es natürlich sehr einfach, fast in allen Lebensäußerungen „Gewalt“ zu entdecken und damit die „Gegengewalt“ der Opponenten zu rechtfertigen.

b) Weniger kontrovers verlief die Integration des Umweltschutzes in den Kreis der traditionellen Staatsaufgaben. In Deutschland, dem Land des Naturschutzes, konnte man an eine lange Tradition anknüpfen: schon die Weimarer Reichsverfassung hatte in Art. 150 die „Naturdenkmäler“ unter ihren Schutz gestellt²³. Doch der Umweltschutz ging über diesen Schutz klar

²⁰ Zur Bilanzierung und Bewertung der Diskussion: Ulrich Matz, Politik und Gewalt. Zur Theorie des demokratischen Verfassungsstaates und der Revolution, Freiburg 1975; Josef Isensee, Das staatliche Gewaltmonopol als Grundlage und Grenze der Grundrechte, in: Bürger – Richter – Staat (FS Horst Sandler). München 1991, 39 ff. (Lit.); Walter Schmitt Glaeser, Private Gewalt im politischen Meinungskampf, Berlin 2/1992. (Lit.).

²¹ Populär wurde dieser Begriff durch das gleichnamige Buch von Johan Galtung, Reinbek bei Hamburg 1982; vgl. Hajo Schmidt und Uwe Trittman, Kultur und Konflikt – Dialog mit Johan Galtung, Münster 2002. Systematisch hat schon in den siebziger Jahren Michel Foucault der modernen Gesellschaft eine inhärente Gewalttätigkeit unterstellt: *Surveiller et punir – la naissance de la prison*, Paris 1975; siehe Michael Ruoff, Foucault-Lexikon. Entwicklung – Kernbegriffe – Zusammenhänge, München 2007.

²² Der „Klassiker“ ist Ivan Illich, *Entschulung der Gesellschaft*, 1983; ders., *Klarstellungen. Pamphlete und Polemiken*, München 1996.

umrissener, abgegrenzter Objekte weit hinaus. Wie das Wort Umwelt sagt, ging es jetzt nicht mehr um eine ästhetisch genossene, den Menschen gegenübergestellte Natur – es ging um die gesamte Lebenswirklichkeit des Menschen, um die Luft, die er atmete, das Wasser, das er trank, die Pflanzen und Tiere, die er aß, um Bauen, Wohnen, Leben und ihre natürlichen Voraussetzungen schlechthin. Demgemäß sollte der Umweltschutz nicht nur Vorhandenes schützen, er sollte vorsorgen, abwehren, verbieten, fördern, Entwicklungen begleiten. Gefährdungen feststellen, Standards und Normen der Schutzwürdigkeit entwickeln. Insofern traten im Umweltschutz auch wieder ökonomische Gesichtspunkte in den Vordergrund, freilich solche neuer Art: Naturressourcen wurden unter Gesichtspunkten der Knappheit, der Bestandssicherung betrachtet; Landschaftsverbrauch und Schadstoffausstoß sollten reduziert werden; Strategien der Entlastung, des Ausgleichs, der Vermeidung wurden entwickelt, kurz: an die Stelle von Naturbeherrschung trat Einfühlung in die Natur, an die Stelle produktiver Veränderung das Sein-Lassen, Leben-Lassen aus freier menschlicher Entscheidung.

Mit dem Umweltschutz wuchs dem Staat die wohl stärkste, extensivste Schutzaufgabe seit der Entstehung des Sozialstaats zu. Sie verlangte von ihm eine umfassende Steuerungskompetenz, eine aktive Planung und Gestaltung

²³ Das Wort Naturdenkmal ist älter als „Naturschutz“ – es begreift die Landschaft als ideelles Gut und betont die Ursprünglichkeit der Natur gegenüber allen gärtnerisch-artistischen und ökonomischen Überformungen.. Gärten und Wälder sollen sich nicht der Kunst, sondern „der Natur“ annähern. Gegenüber den traditionellen, z T. bis ins 16. Jahrhundert zurückgehenden Feld- und Forstordnungen, die Schutzaufgaben im Rahmen ökonomischer Ziele verfolgten – Erhaltung der Substanz, Pflicht zur Aufforstung - wird hier die Autonomie der Natur betont, wobei sich Agrikultur und Hortikultur, ökonomische und ästhetische Ziele verbinden.

der Zukunft. Die Umweltministerien, die in den siebziger und achtziger Jahren in Deutschland entstanden – das erste 1970 in Bayern²⁴ – übernahmen denn auch meist aus den Wirtschaftsministerien (Landwirtschaftsministerien, Verkehrsministerien) die Planungsabteilungen oder Teile davon und reicherten sie durch Referate aus anderen Ressorts – Innen, Kultus – an. Man musste Neues schaffen – manchmal buchstäblich aus dem Nichts²⁵. Umweltschutz war bald aus dem Regierungshandeln nicht mehr wegzudenken. Auch in den deutschen Bundes- und Länderverfassungen (und später in den Verfassungen der meisten Länder der Europäischen Union) nahm der Umweltschutz Gestalt an: neue Natur- und Umweltschutzartikel ergänzten die traditionellen Staatsziele²⁶.

c) Kürzer war die Konjunktur des Denkmalschutzes – auch sie gehört in den Zusammenhang der neu in den Blick gekommenen staatlichen Schutzaufgaben. Dass der Denkmalschutz, lange Zeit in einem Winkeldasein, neue Aufmerksamkeit erfuhr²⁷, war zugleich eine Reaktion

²⁴ Es wurde mit dem dritten Kabinett Goppel (1970-1974) geschaffen; erster Amtsinhaber war Max Streibl, der spätere Ministerpräsident. Seit 2001 nennt sich das Ressort „Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (StMUGV).

²⁵ Die ältesten Organigramme dieser Ministerien enthalten denn auch oft kuriose Neologismen – etwa „Umweltvermittlung“ (für Tourismus).

²⁶ Alfred Eberhardt, Umweltschutz als Integrationsaufgabe, 2001; Gerhard Olschowy, Natur- und Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland, 1978; Umweltschutz in den Verfassungen der EU-Mitgliedstaaten = Natur und Recht, vol. 29, April 2007.

²⁷ In den siebziger und achtziger Jahren erhielten (fast) alle deutschen Länder Denkmalschutzgesetze; der Denkmalschutz wurde 1978 im Einkommensteuerrecht verankert (Abschreibungsmöglichkeiten für Maßnahmen, die der Erhaltung und Nutzung von Baudenkmalern dienen); das Europäische Denkmalschutzjahr 1985 entwickelte in der Deklaration vom Amsterdam europaweite Prinzipien der Erhaltung des baulichen Erbes;

auf den überbordenden Bau-Boom und die zahlreichen Bausünden der fünfziger und sechziger Jahre.

Die wirtschaftliche Erholung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg hatte an vielen Orten – vor allem in den großen Städten – zu einer Zerstörung gewachsener Baustrukturen geführt. Alte Häuser mussten funktionell konzipierten Neubauten weichen – diese waren billiger als die Erhaltung alter Bausubstanz. Steigende Grundstückspreise in den Zentren führten zu einer rationelleren Nutzung des Bodens mit verhängnisvollen Folgen für die in Jahrhunderten gewachsenen Häuser und Straßen. Stahl, Glas, Zement, Beton verdrängten die alten Baustoffe Holz, Stein und Ziegel. Der wachsenden Motorisierung wurde viele Häuser, Straßen, Gassen geopfert. Plätze wurden zu Parkflächen degradiert, fensterlose Neubauten wurden als große Klötze in eine kleinräumige Umgebung hineingesetzt. Dem materiellen Wohlstand, der Verbesserung des Wohnkomforts, der Schaffung großer Geschäfts- und Verwaltungszentren, endlich der Idee der „autogerechten Stadt“ fielen in einem erschreckenden Umfang Gebäude zum Opfer, die den Krieg überstanden hatten und die keine Mängel aufwiesen, die man nicht bei gutem Willen hätte beseitigen können. An vielen Orten standen die Verluste an historischer Bausubstanz, die erst *nach* dem Krieg eintraten, hinter den Kriegsverlusten nicht zurück.

siehe Hans Maier (Hg.), Denkmalschutz. Internationale Probleme – Nationale Projekte, Zürich 1976 (dort 119-136 die Deklaration von Amsterdam); August Gebessler und Wolfgang Eberl, Schutz und Pflege von Baudenkmalern in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Stuttgart 1980; Deutsche Denkmalschutzgesetze, Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, Band 18, 1982; Michael Petzet, Denkmalpflege heute, München 1993.

Es war daher begreiflich, dass in den siebziger Jahren eine deutliche Gegenbewegung in Gang kam. Im Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 wurde in vielen Ländern zur Erhaltung des architektonischen Erbes – des „patrimoine“ – aufgerufen. Man begann die Vergangenheit mit neuen Augen zu sehen. „Altmodische“ Berufe wie der des Heimatpflegers, Naturschützers, Denkmalpflegers fanden sich an der Problemfront des Umweltschutzes in einer neuen avantgardistischen Rolle wieder. Man entdeckte neue Wege, moderne Ansprüche an Ausstattung und Komfort mit der Erhaltung alter Substanz zu verbinden²⁸

d) Die Besinnung auf den schützenden, bestandserhaltenden Staat endete in Deutschland freilich an einer empfindlich tabubehafteten Stelle: um die Erhaltung der Bevölkerungszahl, also der Nation im ganzen, kümmerte der Staat sich nicht. Eine aktive Bevölkerungspolitik kam für deutsche Politiker – gleich welcher Richtung - nicht in Frage. Dass „die Aufzucht des Nachwuchses vorrangige Aufgabe für alle ist“ – wie Wolfgang Zeidler, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, sich 1984 drastisch ausdrückte²⁹ – zählte offensichtlich nicht zur selbstverständlichen politischen Agenda. Der Grund lag auf der Hand: Nach Hitlers Mutterkreuzen, nach Himmlers „Zeugungsbefehl“ war es schwierig, das demographische Thema in Deutschland erneut aufzugreifen. Die Spuren der Vergangenheit schreckten.

²⁸ So konnten bei Heizungen die Rohrquerschnitte mit Hilfe von Umwälzpumpen verringert werden, Elektroinstallationen erleichterten die Modernisierung von Altbauten, Lüftungstechnik und Wärmedämmung boten viele Möglichkeiten, alte Räume wohnlich zu gestalten usw.

²⁹ Der SPIEGEL Nr. 50/1984

Nicht nur die Politiker, auch die Historiker umgingen das Thema Demographie³⁰.

Dabei sollte sich die demographische Frage als schwere Belastung der sozialen Sicherungssysteme, als grundlegendes Handicap des Sozialstaats am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts erweisen³¹. Die Anfänge dieser Entwicklung, genauer die Zeit, in der sie irreversibel wurde, liegen in den siebziger und achtziger Jahren. Die meisten Lebendgeborenen wurden 1964 registriert: 18,2 auf 1000 Einwohner. Seither ging die Geburtenzahl kontinuierlich zurück. Seit 1972 „gibt es im Gebiet der ‚alten‘ Bundesrepublik mehr Todesfälle als Geburten, und seit 1975 ersetzen die Geborenen nur noch etwa zwei Drittel der Generation ihrer Eltern...Seit dem Jahrtausendwechsel kommen in Deutschland die Kinder der ersten geburtenschwachen Jahrgänge seit 1975 ins fortpflanzungsintensive Alter, und demzufolge sinken die Geburtenzahlen erneut...Erst jetzt ist die Öffentlichkeit in Deutschland aufgewacht und diskutiert mit zunehmender Leidenschaft die Probleme des ‚demographischen Wandels‘“³² –

³⁰ Bis heute stammt die wesentliche Literatur zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland von Soziologen und Ökonomen; eine historische Demographie fehlt in Deutschland fast ganz. Man denke als Gegenbeispiel an Frankreich und an einen Historiker wie Pierre Chaunu!

³¹ Herwig Birg, Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München 4/2003; ders. (Hg.), Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Plenarvorträge der Deutschen Gesellschaft für Demographie an der Universität Bielefeld (4. März 2004), Münster 2005; ders., Ist Deutschland noch zu retten? Ein Streitgespräch über Demographie zwischen Herwig Birg und Albrecht Müller, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. August 2006; Franz-Xaver Kaufmann, Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt am Main 2005; ders. Sozialpolitisches Denken: Die deutsche Tradition, Frankfurt am Main 2003.

4: Bildung im Wandel

Zeigt die Staatspolitik in der Zeit von 1970-1990 deutliche Züge der Verlangsamung und Verstetigung, des auslaufenden Booms, des Eintritts in „magere Jahre“, so gilt das nicht oder nur teilweise für *einen* wichtigen Bereich: die Bildung. Hier entfalteten sich die dynamischen Potentiale der fünfziger und sechziger Jahre in einer nachgeholten, durch publizistische Anstöße forcierten Spätentwicklung – die Bildungsexpansion war der letzte breite Ausläufer des Wirtschaftswunders, ihr „Boom“ reichte bis in den Anfang der achtziger Jahre hinein.

Die Bildungsreformen in Europa waren freilich auch Ausläufer eines weltweiten Wettbewerbs der Supermächte auf dem Gebiet von Bildung, Erziehung, Forschung, ausgelöst durch den sogenannten Sputnikschock³³. Der Sputnik war der künstliche Satellit, den die Russen 1957 – als erste! – in eine Umlaufbahn um die Erde schossen. Das löste in den USA eine Welle der Betroffenheit und der Selbstkritik aus. In der folgenden Zeit kamen

³² Franz-Xaver Kaufmann, Wenn der Nachwuchs ausbleibt und die Gesellschaft schrumpft. Die „demographische Frage“ als Leitmotiv des 21. Jahrhunderts, in: Neue Zürcher Zeitung vom 25. September 2006. – Frankreich verzeichnet als geburtenstärkstes Land Europas eine gegenläufige Entwicklung. Dort wird über Bevölkerungspolitik seit jeher nicht nur offen gesprochen, sie wird geradezu als nationale Aufgabe gesehen. „Wir sind 62 Millionen Franzosen“ titelte der Figaro im April 2005. Nach Hochrechnungen wird es im Jahr 2050 – wenn die Trends in beiden Ländern anhalten – mehr Franzosen als Deutsche geben.

³³ Hans Maier, Bildungsreformen in Ost und West – eine Bilanz, in: Horst Bürkle und Gerhold Becker (Hg.), *Communicatio fidei* (FS Eugen Biser), Regensburg 1983, 35-41.

sowohl in den Vereinigten Staaten wie in der Sowjetunion große Schul- und Hochschulreformen in Gang³⁴.

In Deutschland rief der Philologe Georg Picht 1964 in einer vielbeachteten, höchst wirksamen Artikelserie in der Wochenzeitung „Christ und Welt“ die „Deutsche Bildungskatastrophe“ aus³⁵. Er forderte eine Verdoppelung der Abiturientenzahlen und machte die Rechnung auf: um die Pädagogenlücke zu schließen, müssten in ein paar Jahren fast alle Hochschulabsolventen Lehrer werden. Die Sreitschrift löste fieberhafte staatliche Aktivitäten aus. Die Bildungseinrichtungen wurden in den folgenden beiden Jahrzehnten gewaltig ausgeweitet – es war die größte Expansion des Schul- und Hochschulwesens, die größte „Gründerzeit“ seit Humanistentagen. Nur einige Zahlen: 1964 hatten wir in Deutschland (der alten Bundesrepublik) rund 50 000 Studienberechtigte, 3,5 % des Altersjahrgangs; zwanzig Jahre später waren es rund 300 000. Lehrer gab es 1964 knapp 300 000 – in den achtziger Jahren überschritt ihre Zahl die halbe Million. 1965 gaben Bund, Länder und Gemeinden für Bildung, Wissenschaft, Kultur rund 20 Milliarden aus – auch hier wurde in den achtziger Jahren die 100-Milliarden-Grenze überschritten³⁶.

³⁴ Charles Benson, *The economics of public education*, Boston 1961; OECD (ed.), *Economic Growth and Investment in Education*, Washington 1961; John Kenneth Galbraith, *Economic development in perspective*, Harvard University Press 1962; Nigel Grant, *Soviet Education (1964)*; dt. unter dem Titel *Schule und Erziehung in der Sowjetunion*, Bern 1966; Oskar Anweiler (Hg.), *Bildungsreformen in Osteuropa*, Stuttgart 1969.

³⁵ Georg Picht, *Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation*, Freiburg 1964.

³⁶ Zahlen der Kultusministerkonferenz und der zuständigen Ministerien der Länder. Zum Ablauf: *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Band VI 1, 1945 bis zur

Am spektakulärsten wuchsen die Hochschulen. Nie sind seit Gründung der ersten Universität im Alten Reich 1348 in einem Jahrhundert so viele Universitäten neu entstanden wie im 20. Jahrhundert – knapp gerechnet 35, die Umwandlungen und Aufstockungen bestehender Hochschulen, die neuen Kunst- und Musikhochschulen, Fachhochschulen, Spezialhochschulen nicht mitgezählt. Nimmt man die in der DDR und in Österreich neugegründeten Universitäten hinzu, kommt man auf fast 50 neue Universitäten im deutschsprachigen Raum – ein wahrer Katarakt, ein Gründungs- und Bauboom ohnegleichen, eine Gründerzeit, die ihrem Namen Ehre macht³⁷.

Woher dieser plötzliche Boom? Der Historiker des 21. Jahrhunderts, der in den Quellen forscht, trifft auf immer wiederkehrende Vokabeln, die offenbar mentalitätsbegründend wirkten und die Ereignisse vorbereiteten: „Bildungskatastrophe“ – „Mobilisierung der Begabungsreserven“ – „Chancengleichheit“ – „Demokratisierung des Bildungswesens“. Er begegnet der Studentenrevolte, die freilich nicht das auslösende Moment für Hochschulgründungen, eher eine Begleiterscheinung des allgemeinen Gründerfiebers war. Eine wichtige Rolle spielte der demographische Faktor. Vor allem Picht ging von ständig steigenden Schüler- und Studentenzahlen aus, obwohl genau im Jahr

Gegenwart, Bundesrepublik Deutschland, hg. von Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck, München 1998, 217 ff., 245 ff.; ein repräsentativer Ausschnitt in dem zweibändigen Werk von Norbert Lehning, Bayerns Weg in die Bildungsgesellschaft, München 2006.

³⁷ Einzelheiten bei Hans Maier, Gründerzeiten. Aus der Sozialgeschichte der deutschen Universität, in: Dieter Schwab u.a. (Hg.), Staat, Kirche, Wissenschaft in einer pluralistischen Gesellschaft (FS Paul Mikat), Berlin 1989, 381-391.

nach seiner „Bildungskatastrophe“ der Pillenknick einsetzte und die Geburtenzahlen von da an kontinuierlich zu fallen begannen³⁸.

Mit der fortschreitenden Festigung demokratischer Strukturen veränderte sich auch die Lebensplanung vieler Menschen, sie wurde freier, großzügiger, risikofreudiger – die Reste alter Prägungen durch Herkunft, Stand, Vermögen, Konfession verringerten sich und verschwanden mit der Zeit ganz, wobei der Staat mit Stützungs- und Ausgleichsmaßnahmen im schulischen Bereich (Schulbus, Lernmittelfreiheit) ein übriges tat. Nicht zufällig sprach man in den siebziger und achtziger Jahren von „Begabungsreserven“, die es zu erschließen gelte – als Leitfigur diente das „katholische Landmädchen aus dem Bayerischen Wald“, das alle denkbaren Benachteiligungen in einer Person verkörperte. „Student aufs Land!“ hieß eine beliebte Hochschulinitiative jener Jahre. Bauernfamilien sollten motiviert werden, ihre Kinder auf Realschulen und Gymnasien zu schicken, milieubedingte Ängste und Hemmungen sollten abgebaut werden. Ralf Dahrendorf verglich in einem Gespräch die weiterführenden Schulen mit Klöstern – so wie lange Zeit kein Protestant diese betreten habe, so verhielten sich nach wie vor Dreiviertel der Erziehungsberechtigten gegenüber *den* Schulen, die man – damals noch! - „Höhere Schulen“ nannte. Solche Hemmschwellen müssten gesenkt, noch bestehende Sperren beseitigt werden, denn schließlich stünden die Schuleinrichtungen allen Bürgern zur Verfügung, nicht nur einer Elite³⁹.

³⁸ Siehe Anm. 31, 32.

³⁹ Ralf Dahrendorf, *Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik*, Hamburg 1965; ders., *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965.

Auf dem Höhepunkt des Bildungsbooms präsentierte sich Bildung in der Tat nicht mehr als esoterischer Selbstzweck für kleine feine Minderheiten. Sie zog viele Menschen an, weil sie etwas versprach, was über Bildung weit hinausging: bessere Aufstiegsmöglichkeiten, eine gerechtere Verteilung des Sozialprodukts, Ausgleich für Benachteiligungen, Chancen für Minderheiten. So wundert es nicht, dass Bildung auf der Traktandenliste der Politik eine Zeitlang ganz oben stand, in den USA wie in Europa⁴⁰. Bildung schien sich nicht nur durch ihr Alter, ihre Würde, ihre Aura auszuzeichnen (auch das!), sondern auch durch ihre Modernität, ihre Beliebtheit, ihre Nützlichkeit, ihren Anlagewert. Wer sich ihr verschrieb – so schien es –, verbesserte sein Lebenslos. Er investierte in die Zukunft. Das taten damals viele, und daher wuchs die Bewegung, die mehr und bessere Bildung für mehr Menschen verhieß, fast von selbst zu beachtlicher Größe an. Nicht zufällig sprach man von einer „Zweiten Aufklärung“.

Der zeitversetzte, nachgeholte Bildungsboom klang in den achtziger Jahren deutlich ab. Die finanziellen Spielräume wurden enger⁴¹. Das hatte viele Gründe: Engpässe bei den staatlichen Einnahmen, überhöhte Erwartungen an die sozialen Prämien der Bildung, die alsbald enttäuscht wurden, eine dem Boom folgende massive Kritik an Schulen und Hochschulen. Man kann es aber auch ganz natürlich erklären: einer so gewaltigen Anspannung,

⁴⁰ „Du willst Geld? Sag *education!*“ hieß damals ein ermunternder Spruch in amerikanischen Stiftungskreisen, der bald auch für Europa galt.

⁴¹ So musste z. B. in Bayern der Schulentwicklungsplan – von Picht als vorbildliche Leistung gerühmt – Schritt um Schritt zurückgefahren werden. Das hieß weniger neue Realschulen und Gymnasien in der Fläche des Landes, ein langsames Tempo beim Ausbau des beruflichen Bildungswesens, ein genereller Übergang zu Konsolidierung und Sparkurs wie in anderen Bereichen auch.

wie sie die Bildungsexpansion darstellte, mussten mit Notwendigkeit Zeiten der Erschöpfung, der Stagnation folgen.

In der Tat war nicht zu übersehen, dass mit dem breiten Ausbau der Bildung auch die mit Bildung verbundenen Aufstiegschancen sich reduzieren mussten, da ja immer mehr Menschen miteinander um die gleichen, nicht beliebig vermehrbaren Arbeitsplätze und Berufspositionen konkurrierten. Das wirkte in die Hochschulpolitik hinüber, in der die Neugründung von Hochschulen in den achtziger Jahren allmählich ins Stocken geriet und schließlich ganz auslief. Allgemein verlor die Bildung in den Achtzigerjahren ihren Ausnahmestatus. Die Bildungspublizistik wanderte von den ersten Seiten wieder in die Feuilletons wie in früheren Zeiten. Im politischen Leben führten nicht mehr so viele Wege aus der Bildungs- und Forschungspolitik in Laufbahnen der allgemeinen Politik - man denke zum Vergleich an die Biographien von Johannes Rau, Bernhard Vogel, Klaus von Dohnanyi, Roman Herzog. Das soziale und politische Magnetfeld rings um die Bildung wurde schwächer⁴².

Dem Zeithistoriker geben diese Jahre viele Rätsel auf, viele Fragen, auf die es noch kaum zufriedenstellende Antworten gibt. Wie hat die Bildungsexpansion gewirkt? Wieviele Menschen hat sie erreicht? Hat sich die soziale Rekrutierung für die allgemeine und die berufliche Bildung, für die Hochschulen zwischen 1970 und 1990 dauerhaft erweitert? Sind die alten sozialen Abstände verringert worden? Wie hat sich der Ausbau der Bildungseinrichtungen auf die Mentalitäten der Beteiligten, auf das Stadt-

⁴² „Der Tombola gehen die Preise aus“, stellte ein Hochschulkritiker in der Zeit des beginnenden Numerus clausus fest

Land-Verhältnis, auf die sozialen Schichtungen, auf das Verhältnis der Konfessionen ausgewirkt⁴³? War die Nutzung der Schulen für sozialpolitische Zwecke eine Überforderung? Wurde die Schlacht für Aufstieg und materielle Verbesserungen im falschen Saal geschlagen? Hat durch die rasche Expansion von Schulen und Hochschulen die Qualität, das Niveau gelitten? Hat die Schule in der Zeit der Expansion einen Teil ihrer alten aufklärerischen Strenge verloren? Führte gar ein Weg von PICT nach PISA? Und wie steht es mit den Medien als Miterziehern innerhalb und außerhalb der Schulen und Hochschulen? Mit Deutsch als Schul- und Wissenschaftssprache? Mit der Internationalität, mit den inter-kulturellen, künftig wohl auch inter-religiösen Anforderungen an Schulen und Hochschulen?

5: Sprache und Zeitgefühl

Werfen wir, um das Bild zu runden, abschließend noch einen Blick auf die Sprache und ihre Veränderungen, auf das in ihr pulsierende Zeitgefühl. Ich muss mich freilich auf wenige Andeutungen beschränken.

⁴³ Vor allem in Süd- und Westdeutschland haben die neuen weiterführenden Schulen auf dem Land das alte Stadt-Land-Gefälle abgebaut, das hauptsächlich im 19. Jahrhundert entstanden war, als das Humboldtsche Gymnasium – eine rundum städtische Angelegenheit! – die bildungspolitische Szene beherrschte. Im 18. Jahrhundert, vor der Säkularisation, hatten katholische Kinder auf dem Land zweifellos größere Bildungschancen als im 19. Jahrhundert, da damals noch ein dichtes Netz klösterlicher Schulen existierte. Insofern darf man vermuten, dass die Bildungsexpansion seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts kompensatorisch wirkte und das aus der Säkularisation herrührende „katholische Bildungsdefizit“ verringern half. Das bedürfte freilich im einzelnen noch genauerer Untersuchung.

In den siebziger Jahren beherrschte die Sprache der neuen Linken weithin das Feld⁴⁴. Es war die Ablösung eines breiten (manchmal allzu harmoniefreudigen) Konsenses durch das Gegenteil: den frisch-fröhlichen Konflikt. Plötzlich war wieder von „armer und reicher Welt“ die Rede statt von Entwicklungsländern und Industriestaaten, von „Kapitalisten“ und „Arbeitern“ statt von Tarif- und Sozialpartnern, von den „Herrschenden“ und nicht von gewählten oder ernannten Amtsinhabern. Eine ganz andere Sprache breitete sich aus, ergriff Schulen, Hochschulen, Parlamente – nach zwei Jahrzehnten einer sprachlichen und sozialen Ausgleichs- und Egalisierungstendenz, die aus Hilfskräften Mitarbeiter, aus Fremdarbeitern Gastarbeiter, aus der Putzfrau die Raumpflegerin, aus der Magd die Hausangestellte gemacht hatte. Die Sprache entfernte sich von den Institutionen, vom „establishment“, wie man es polemisch nannte, sie benannte die Dinge neu, auf eigene Faust: ein trommelndes Deutsch, provokativ und formelhaft zugleich; alle Welt sprach plötzlich, wie Wolf Biermann formulierte, „mit Marx’ und Engelszungen“.

Diese Sprache verblasste in den späten siebziger Jahren allmählich in der Öffentlichkeit, wirkte jedoch in manchen Milieus noch lange weiter⁴⁵. Gleichzeitig waren aber in dieser Zeit auch neue Töne zu hören. Das

⁴⁴ Hans Maier, Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, in: Reihe der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, 6, 2/1974; ders., Sprache und Politik. Essay über aktuelle Tendenzen. Briefdialog mit Heinrich Böll, Zürich 1977.

⁴⁵ So z. B. in Teilen der Pädagogik, wo sich zeitweise ein Sprachjargon mit paramilitärischen Einsprengseln verbreitete: „Lernstrategien“, „kognitive Operationsmodi“, „Umpolung von Sozialisationsmustern“ und dergleichen mehr. Werner Finck hat dieses Sprach-Treiben in einem seiner letzten Kabarett-Programme (1974) glossiert, als er einen Studenten mit der Bemerkung vorstellte: „Er hat schon seinen dritten Lernprozess verloren!“

Gesamtklima änderte sich. Umweltschutz, Denkmalpflege, Bemühungen um Erinnerung und Erhaltung stellten sich neben die alten Aufstiegs-, Fortschritts-, Kampfparolen. Dieser Klimawandel ist in der schon erwähnten „Tendenzwende“-Schrift⁴⁶ summarisch umschrieben, so dass ich auf die dortigen Beiträge verweisen kann⁴⁷.

Ein Vorläufer des Neuen war die Jugendsprache, die sich in den späten siebziger und den achtziger Jahren ausbreitete. Sie war anders als die APO-Sprache, sie streute weiter, hatte mehr Töne, schillerte in mehr Farben, sie war bald grotesk und banal, bald witzig und selbstironisch – kurz, sie war von Anfang an freundlicher, weniger abweisend als jener elitäre und einschüchternde Jargon. In ihr entlud sich vieles und Widersprüchliches; man konnte es schwer auf eine Formel bringen. Unüberhörbar war ein Ton emotionaler Selbstbezogenheit. „Ich hab noch nichts von mir gehabt“ (Konstantin Wecker) – so hätte 1968 kein Liedermacher gesungen. Diesmal waren es auch nicht die Wissenschaftler, die Soziologen, Psychologen, Verhaltensforscher, die die Stichworte gaben, sondern die Dichter: man kann bei den „zornigen jungen Männern“ Englands und bei Ulrich Plenzdorf, Peter Rühmkorf und Wolf Biermann das meiste finden, was später hochoben auf der Sprach- und Zeitwelle schwamm. Es passt ins Bild, dass in den achtziger Jahren auch das Persönliche und Biographische wieder in der Literatur Einzug hielt, nachdem man sich dort lange einer dokumentarischen

⁴⁶ Siehe Anm. 11.

⁴⁷ Ergänzend seien erwähnt: Wo ist die Sprache, die verbindet..., Kultur, Tradition, Politik (Bertelsmann Colloquium 1985); Harald Weinrich, Wege der Sprachkultur, Stuttgart 1985; Peter Demetz, Fette Jahre, magere Jahre. Deutschsprachige Literatur von 1965 bis 1985, München 1988.

Askese befließigt und dem Fiktionalen bestenfalls im Kinderbuch Raum gelassen hatte.

Der dritte Umbruch von Sprache und Zeitgefühl, der hier zu betrachten wäre, ist die Wiedervereinigung – aber sie liegt schon jenseits unseres Zeitrahmens. Nur soviel: Mit dem Jahr 1990 wurden typische Wörter der DDR obsolet: Volkseigentum, Reisekader, Friedenskampf, antifaschistischer Schutzwall, sozialistische Gesetzlichkeit⁴⁸, während Wörter der alten Bundesrepublik, die zur Formel erstarrt oder ganz aus dem Gebrauch gekommen waren, sich plötzlich neu belebten: Einheit, Volk, Wiedervereinigung, Vaterland. Es war ein Lehrstück, wie die Sätze: „Wir sind das Volk“ und „Wir sind *ein* Volk“ , von Tausenden skandiert, eine neue Realität schufen und den von oben verordneten Sprachgebrauch zum Einsturz brachten. Überhaupt war das Wörtlichnehmen von Worten, das Bestehen auf dem in ihnen angelegten und gemeinten Sinn bei den revolutionären Vorgängen im Warschauer Pakt von 1980 an ein starker Hebel in der Hand der Ohnmächtigen – für den Historiker ein Schlüssel zum Verständnis mancher Vorgänge, die sonst unverständlich wären.

Sind sie nun pessimistischer geworden oder optimistischer, die Deutschen in dem hier betrachteten Zeitraum, den siebziger und achtziger Jahren? Das ist

⁴⁸ Eine klassische Analyse spezifischer Züge des DDR-Deutchs bei Hans Joachim Schädlich, „Der Schutz der Früchte der Arbeit des Volkes.“ Ein Rückblick auf den öffentlichen Sprachgebrauch der DDR, Berlin o.J. Ich danke dem Autor für die Überlassung des Manuskripts.

schwer zu sagen. Am Anfang stand ein pessimistisch stimmendes (aber auch zur Besinnung aufforderndes) Ereignis – die Studie des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums (1972). Es setzte einem allzu sicher gewordenen Fortschrittsglauben einen wirksamen Dämpfer auf. Die siebziger und achtziger Jahre waren erfüllt von widerstreitenden Gefühlen: Verzagtheit auf der einen Seite, Pessimismus vor allem im „annus horribilis“ 1977 - und auf der anderen Seite immer neue Anläufe zu einer „moralisch-politischen Wende“, die aber dann doch Postulat blieb und in der Realität nicht recht vom Fleck kam.

Am Ende der achtziger Jahre freilich steht ein zuversichtlich stimmendes Signal: die Wiedervereinigung, der gute Ausgang einer Krise, die unheilbar schien - der Teilung Deutschlands. Das sollte die Pessimisten belehren und den Optimisten ein wenig Hoffnung geben, die an ein besseres Geschick der „Zweiten Republik“, an Deutschlands „zweite Chance“ (Fritz Stern) glauben.

